Sex mit Schülerin: Lehrerlaubnis entzogen

Bistum 37-jähriger Pädagoge darf nicht mehr das Schulfach Religion unterrichten

Von unserem Redakteur
Mario Quadt

Kreis Neuwied/Trier. Lehrer Dirk S. (Name geändert) darf nicht mehr katholische Religion unterrichten. Der 37 Jahre alte Pädagoge aus dem Kreis Neuwied, der Anfang 2007 einer damals 14-jährigen Schülerin seiner Parallelklasse als Klassenlehrer gehörig den Kopf verdrehte und mit ihr eine sexuelle Beziehung einging, musste dem Bistum Trier die Lehrerlaubnis für dieses Fach, die sogenannte Missio Canonica, zurückgeben. Das erklärte Stephan Kronenburg, Leiter der Bischöflichen Pressestelle in Trier, auf Anfrage und bestätigte damit Informationen unserer Zeitung. Der Generalvikar des Bistums hatte den betroffenen Lehrer zum Verzicht aufgefordert, erklärte Kronenburg.

Der Aufforderung aus Trier sei der Pädagoge innerhalb der gesetzten Frist nachgekommen. „Der Lehrer hat daraufhin erklärt, dass er auf die mit der Missio verbundenen Rechte (Erteilung von Religionsunterricht) verzichtete“, sagte der Chef der Bischöflichen Pressestelle. Der Generalvikar des Bistums habe seinerseits diesen Verzicht jetzt angenommen. Erst Ende August war S. auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis entlassen worden, um einem Disziplinarverfahren des Schulamtes aus dem Weg zu gehen.

Den Entzug der Missio nannte der Pressesprecher von Bischof Stephan Ackermann eine „Konsequenz aus dem vom Gericht ermittelten Tatbestand“. Dieses Verfahren sei nun erfolgreich zum Abschluss gekommen, erklärte Kronenburg. Ende Juni 2011 hatte das Landgericht Koblenz den Hauptschullehrer für katholische Religion, Mathematik und Englisch zu zwei Jahren Haft auf Bewährung wegen des Missbrauchs von Schutzbefohlenen verurteilt. Ende Dezember wurde das Landgerichtsurteil aber vom Oberlandesgericht Koblenz aufgehoben und Dirk S. somit freigesprochen.

Deutlich früher, nämlich schon Anfang 2009, war das Bistum Limburg in Sachen Lehrerlaubnis initiativ tätig geworden. Damals durfte Dirk S. nach seiner Suspendierung im Kreis Neuwied wieder an einer Schule im Westerwaldkreis arbeiten – obwohl ihm eine Strafe von 500 Euro für die Verbreitung pornografischer Schriften auferlegt wurde. Aber: Das Bistum gestattete ihm seinerzeit nicht, katholische Religion zu unterrichten. Das bestätigte Franz-Josef Straßner, Leiter des Amtes für Religionspädagogik in Montabaur. Das Bistum Limburg, so betonte Straßner, habe dem Lehrer „aufgrund seiner moralischen Verfehlungen“ die Missio verweigert. Ein Gerichtsurteil sei für diese Einschätzung nicht relevant. Erst im Prozess vor dem Amtsgericht Neuwied im Januar 2011 hatte Dirk S. die Vorwürfe gegen ihn gestanden.

Straßner forderte, die bestehende Gesetzeslücke bezüglich sexueller Kontakte mit Schutzbefohlenen schnellstmöglich zu schließen. „Egal, ob es der Vertretungslehrer oder der Hausmeister ist – es muss immer ein Kündigungsgrund sein“, sagte der Amtschef.

Kommentar

Warum erst jetzt?

Mario Quadt über die späte Einsicht im Bistum Trier

Mit dem Entzug des Rechts, Religionsunterricht zu erteilen, spricht das Bistum Trier vielen Gläubigen aus der Seele. Wie kann ein Mensch, der eiskalt und berechnend versucht, junge Schülerinnen für seine sexuellen Wünsche gefügig zu machen, Religionslehrer sein? Das fragten nicht nur Leserbriefschreiber. Gleichwohl frage ich mich, warum das Bistum erst jetzt zur Erkenntnis gelangt, dass Dirk S. für dieses Fach denkbar ungeeignet ist. Spätestens als dieser im Januar 2011 vor Gericht eingestand, 22-mal Sex mit einer Schülerin seiner Parallelklasse gehabt zu haben, hätten in Trier und bei Bischof Ackermann, der zugleich der Missbrauchsbeauftragte der katholischen Kirche in Deutschland ist, die Alarmglocken läuten müssen.

E-Mail: mario.quadt@rhein-zeitung.net

Kompakt

IHK Koblenz kritisiert Bettensteuer in Kaub

Kaub. Scharfe Kritik übt die Industrie- und Handelskammer (IHK) Koblenz am Vorhaben der Stadt Kaub, am 1. November eine sogenannte Kulturförderabgabe auf private Übernachtungen zu erheben. Diese „absurde“ Abgabe belaste einseitig die Beherbergungsbetriebe, stelle sie vor erhebliche Datenschutzkonflikte und verursache enorme Bürokratiekosten, sagte Manfred Sattler, Präsident der IHK Koblenz. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte jüngst geurteilt, dass eine Bettensteuer nur für private Übernachtungen erhoben werden darf.

Automat manipuliert: Rumäne verurteilt

Simmern. Zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ohne Bewährung hat das Amtsgericht Simmern (Rhein-Hunsrück-Kreis) einen 35-jährigen Rumänen verurteilt. Er soll im Oktober 2011 einen Geldautomaten der Kreissparkasse so manipuliert haben, dass er die Daten der Kreditkarten sowie PINs lesen konnte. Kurze Zeit darauf wurden von drei Konten fast 3000 Euro an Geldautomaten im kolumbianischen Bogota abgehoben. Dort hatte der Rumäne, der die Tat bestritt, zuvor gearbeitet. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Bahnlärmgegner im Rheintal wollen Druck machen

Verkehr Kommunen und Bürgerinitiativen vernetzen sich

Von unserem Redakteur
Andreas Jöckel

Der Güterverkehr nimmt europaweit zu. Besonders stark davon betroffen sind die Anwohner der Bahnstrecke im Mittelrheintal wie hier bei Weißenthurm. Sie fordern mehr Lärmschutz. Foto: Andreas Jöckel

Mittelrhein. Die Geduld der Bahnlärmgegner im Mittelrheintal ist am Ende. Zwar haben Bundesregierung und Bahn erneut versprochen, mit dem Einsatz modernerer Technik für leisere Güterzüge und Gleise zu sorgen. Aber diese Versprechen haben die Kommunen und Bürgerinitiativen (BI) schon häufiger gehört. Damit jetzt zügig Taten folgen, soll der Bahn mit regelmäßigen Demonstrationen, ähnlich den Montagsdemos der Fluglärmgegner in Frankfurt, Druck gemacht werden.

Während die Bürgerinitiativen im unteren Mittelrheintal bereits gut vernetzt sind, sehen der Mayen-Koblenzer Landrat Alexander Saftig und der Weißenthurmer Verbandsgemeinde-Bürgermeister Georg Hollmann im oberen Mittelrheintal noch Nachholbedarf. Deshalb bereiteten sie in der Stadthalle Weißenthurm einen ersten großen Bahnhof für Vertreter aller Initiativen und Mandatsträger aus vielen Kommunen, die als „starke Stimme gegen den Bahnlärm“ auftreten wollen. Fast 200 Protestler waren der Einladung gefolgt, darunter auch die Landtagsabgeordneten aller Fraktionen sowie Vertreter der Verbandsgemeinden Bad Breisig, Unkel und Weißenthurm, der Städte Andernach, Bad Hönningen und Bendorf sowie der Gemeinden Brohl-Lützing und Leutesdorf.

Initialzündung für die Veranstaltung war ein Treffen von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und Bahn-Chef Rüdiger Grube in Bingen. Dabei wurde versprochen, dass bis 2020 alle Güterwaggons der Deutschen Bahn mit Flüsterbremsen ausgestattet werden. Ein ähnliches Treffen gab es jedoch vor fünf Jahren schon einmal. Aber: „Seitdem ist nichts passiert“, schimpft Frank Gross von der Bürgerinitiative Pro Rheintal.

Laut Georg Hollmann wurden in Orten am Mittelrhein bereits mehr als 100 Dezibel gemessen, wenn ein Güterzug hindurchbrauste. Dies entspricht dem Krach einer Motorsäge. „Und das gibt's bei uns im Rheintal alle paar Minuten, bis zu 250 Güterzüge fahren links und rechts des Rheins pro Tag und Nacht“, stellt Hollmann fest. Dies mache die Anwohner krank. „Dagegen etwas zu tun, gebietet die öffentliche Sorgfaltspflicht, dagegen etwas zu tun, gehört zur Verantwortung jedes Lärmverursachers.“

Frank Gross ergänzt: „Lärm kostet mehr als Lärmschutz.“ Deutschlandweit gebe es rund 16 Millionen Geschädigte durch Bahnlärm, was fast 100 Milliarden Euro Gesundheitskosten verursache. Im Vergleich dazu sei der Einbau von Flüsterbremsen für etwa 2000 Euro pro Waggon günstig. Diese Bremsen seien Grundvoraussetzung für die Reduzierung des Lärms und ein erster Schritt in die richtige Richtung. Langfristig jedoch sei eine Alternativtrasse für den Güterverkehr erforderlich. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, planen Franz Breitenbach (BI Schutz gegen Bahnlärm und Erschütterungen) aus Bad Hönningen und Gerd Kirchhoff (BI gegen Bahnlärm) aus Bad Honnef regelmäßige Dienstagsdemos in Bonn in der Hoffnung, eine Resonanz wie die Fluglärmgegner im Rhein-Main-Gebiet zu erzielen, wo zuletzt Tausende protestierten.

Land in Zahlen

32

Prozent der Landesfläche gehören zu Naturparks. Insgesamt gibt es acht solcher Parks mit einer Gesamtfläche von etwa 5382 Quadratkilometern, wie das Umweltministerium mitteilte.

Kraege beerbt Stadelmaier

Rheinland-Pfalz. Die Ernennung von Sozialstaatssekretärin Jacqueline Kraege (SPD) zur neuen Chefin der Staatskanzlei scheint beschlossene Sache. Die künftige Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hat diese erste Personalentscheidung bereits bei einer internen Sitzung des Sozialministeriums kommuniziert.

Jacqueline Kraege (SPD)

Nach Informationen unserer Zeitung erklärte Dreyer bei einer Personalversammlung offen, dass Kraege Nachfolgerin des bisherigen Amtsinhabers Martin Stadelmaier wird. Dieser soll gerüchteweise nach einer Auszeit einen hoch dotierten Posten beim ZDF antreten. Kraege, einst sogar Büroleiterin des scheidenden Ministerpräsidenten Kurt Beck, kennt die Staatskanzlei aus eigener Anschauung. *db*

Nürburgring GmbH fordert Millionen von Kafitz

Prozess Ex-Hauptgeschäftsführer vor Gericht – Entscheidung über Schadensersatz erst im Frühjahr 2013

Koblenz. Der Nürburgring steht wieder einmal im Fokus: Die größtenteils landeseigene Nürburgring GmbH fordert rund 8,3 Millionen Euro Schadensersatz von ihrem früheren Hauptgeschäftsführer Walter Kafitz. Aber muss der Ex-Nürburgring-Chef auch zahlen? Diese Frage wird so schnell nicht beantwortet. Mit einer Entscheidung in dem Zivilverfahren, das am Dienstag vor dem Landgericht Koblenz begann, wird erst im Frühjahr 2013 gerechnet. Die hochkomplexen und schwierigen Sachverhalte seien noch nicht entscheidungsreif, sagte der Vorsitzende Richter Edgar Becht zur Erklärung.

Kafitz war als Hauptgeschäftsführer der Nürburgring GmbH maßgeblich an der Investorensuche für den mehrere Hundert Millionen Euro teuren Freizeitpark am Ring beteiligt. Weil die Privatfinanzierung 2009 scheiterte und das Land einspringen musste, verlangt die Nürburgring GmbH nun Schadensersatz von ihm.

Walter Kafitz, grandios gescheiterter Ex-Chef vom Nürburgring, sieht sich Forderungen auf Schadenersatz ausgesetzt. Foto: dpa

Der Freizeitpark sollte das Areal an der traditionsreichen Rennstrecke neu beleben und Touristen in die strukturschwache Eifel locken. Weil die erhofften Besucherscharen aber ausblieben, wurde inzwischen Insolvenz angemeldet.

In dem Zivilverfahren geht es unter anderem um Zahlungen der Gesellschaft an die Finanzberatungsfirma Pinebeck im Zusammenhang mit dem umstrittenen Schweizer Geschäftsmann Urs Barandun. Ferner werden Zahlungen an Mieter von Geschäften im Ring-Boulevard, Darlehen sowie eine Zahlung für eine Beteiligung an einem Offroad-Projekt behandelt.

Beide Seiten haben sich am Dienstag darauf geeinigt, das Verfahren nun schriftlich fortzuführen. Bis zum 4. Dezember können die Parteien demzufolge zu den jüngsten Erörterungen Stellung nehmen, bis Mitte Januar dann jeweils erwidern. Danach wird voraussichtlich ein Verkündungstermin bekannt gegeben.

Es ist nicht das einzige Verfahren. Vom 16. Oktober an sitzt Walter Kafitz zudem unter anderem gemeinsam mit dem ehemaligen rheinland-pfälzischen Finanzminister Ingolf Deubel (SPD) in einem Untreueprozess im Zusammenhang mit dem Nürburgring vor dem Koblenzer Landgericht auf der Anklagebank.

Hahn: Steigt Hessen aus?

Flughafen Regierung in Wiesbaden mahnt Konzept an – Mainz gesprächsbereit

Von unserem Redakteur
Dietmar Brück

Rheinland-Pfalz. Hessen macht im Ringen um den Flughafen Hahn Druck auf die rheinland-pfälzische Landesregierung. Die schwarz-gelbe Regierung in Wiesbaden schließt inzwischen auch einen Rückzug von dem Hunsrück-Airport nicht mehr aus. Hessen hält derzeit 17,5 Prozent der Anteile am Hahn. Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) hatte in einem Interview mit der „Allgemeinen Zeitung“ mit Blick auf einen vollständigen finanziellen Rückzug des rheinland-pfälzischen Nachbarlands erklärt: „Das halten wir uns ausdrücklich offen.“

Hinter den Kulissen der Regierung in Wiesbaden war zu erfahren, dass man sich endlich ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept für den Hahn wünscht. Grundsätzlich hat Hessen Interesse, an dem Hunsrück-Flughafen beteiligt zu bleiben. Das sagt auch der Finanzminister. Eine Kooperation zwischen den Flughäfen Frankfurt und Hahn könnte helfen, Teile des Frachtfluggeschäfts in der Großregion zu halten, obwohl der Rhein-Main-Airport aufgrund des Nachtflugverbots Einschränkungen hinnehmen muss.

Das Mainzer Innenministerium zeigt sich gesprächsbereit. „Wir warten, dass Herr Schäfer auf uns zukommt“, erklärte ein Sprecher.